



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Aus Schwaben.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Schöllenen und über die Teufelsbrücke nach Andermatt, mit seiner doppelten Abzweigung nach der Furka und über den Oberalppaß, wird wohl stets ein vielbesuchter Touristenpfad bleiben. Möchte doch aber auch der Weg über die Höhe des Gebirges am Hospiz vorüber nach Airolo nicht ganz der Verödung anheimfallen! Denn der Gotthard mit seinem jähen Absturze nach Italien war und ist einer der schönsten Alpenpässe.



Aus Schwaben.



ie schwäbische Tapferkeit hat ihren ruhmvollen Anteil an den Kämpfen, durch welche Deutschlands Einheit und gegenwärtige Machtstellung errungen worden ist. Auch sind es zwei Würtemberger gewesen, Paul Pfizer und D. Fr. Strauß, welche schon in den dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts klarer und bestimmter als irgend ein anderer Politiker damaliger Zeit auf den Weg hingewiesen haben, der die nationale Entwicklung allein zum Ziele führen könne. Mit patriotischer Herzenswärme haben sie laut und vernehmlich dem preußischen Staate die Mahnung zugerufen, seiner deutschen Mission eingedenk zu sein. Auch seitdem hat der Gedanke an Kaiser und Reich immer wieder die Blut vaterländischer Begeisterung in den schwäbischen Herzen entzündet. Als aber der Gedanke in die Wirklichkeit trat, als die Idee zur That wurde, da war die Form, unter welcher sich die Verwirklichung darbot, für die Süddeutschen eine bereits fertige, so ziemlich ohne ihr Zutun zu stande gekommene. Dankbaren und freudigen Sinnes haben wir die Begründung des neuen Reiches aufgenommen, aber die Gestaltung ist uns eben doch nur entgegengebracht worden, nicht wir selbst haben sie gemacht. Hieraus ergibt sich für die Freunde der nationalen Sache gegenüber der schwäbischen Eigenart in mancher Hinsicht eine schwierige Stellung. Der Schwabe gilt dafür, daß er gern seinen eignen Kopf habe, und die geschichtliche Erfahrung erweist mit zahlreichen Belegen, daß der schwäbische Stamm eine Idee tiefer zu erfassen, zäher und treuer festzuhalten pflegt, als mancher andre, aber immer mit der Bedingung, daß der schwäbische Geist sie durchdringen, sie nach seiner Weise zurechtgelegt, ihr sein besondres Gepräge verliehen habe. Von alters her charakterisirte den Schwaben der Geist der Initiative, wenn auch eines mehr besonnenen als raschen Zugreifens. Der innewohnende geistige Trieb ist dann noch verstärkt worden durch den Geist

der Reformation, der in Altwürttemberg der das ganze Leben des Volkes beherrschende geworden ist. Aber hier beginnt auch das Verhängnis. Wie ein Vorposten des Protestantismus inmitten katholischer Gebiete, oder wenigstens wie ein Keil hineingetrieben zwischen die breit gelagerten Ländermassen der Häuser Habsburg und Wittelsbach, ermangelte das württembergische Land der weitreichenden und umfassenden Grundlage, um die ganze Energie des schwäbisch-protestantischen Geistes innerhalb seiner Grenzen und von diesem Mittelpunkt aus zur Geltung zu bringen. Im protestantischen Norden, im preussischen Staate, da konnte Schillers Geist die Flügel rühren, konnte der Hegelsche seine eigentliche Heimat finden; wie Philipps Erbe für das Genie seines Sohnes, war ihr Schwaben-Makedonien für diese Geister zu klein. Daß durch konfessionelle und dynastische Verhältnisse die territorialen Schwaben so eng aneinander gerückt waren und bleiben mußten, war eine Ungunst des Schicksals, die auch in den politischen Bestrebungen von den tüchtigsten Männern oft schwer empfunden wurde. Man fühlte geistig die Kraft und den Beruf zu selbständigem Handeln, und doch verlagten die materiellen Mittel zu durchgreifender That. Von diesem Gesichtspunkte aus eröffnet sich das Verständnis auch für die nicht selten schwankende, öfters sogar zweideutig erscheinende Haltung, welche König Wilhelm während einer beinahe fünfzigjährigen Regierung in nationalen Fragen an den Tag legte. Es gab, auch im politischen Sinne, einen besondern süddeutschen Charakter — konnte es eine besondere süddeutsche Politik geben? Die Geschichte hat mit einem kategorischen Nein geantwortet, nachdem kurz vorher König Wilhelm die Augen geschlossen hatte mit dem Seufzer: „Es thut doch weh, von einem so schönen Lande Abschied zu nehmen.“ In den Aufzeichnungen, die seinen letzten Willen enthalten, konnte sich der König auch auf sein Bestreben berufen, allezeit das Wohl des gemeinsamen deutschen Vaterlandes im Auge zu behalten. Und doch würde er sich, bei noch längerem Leben, schwer in die Veränderungen gefunden haben, welche zum Heile der Nation Deutschlands politische Verfassung umgestalteten. Wenn überhaupt jeder historische Fortschritt wiederum auch einen Verzicht in sich schließt, so brachte die Erhebung Berlins zum unbestrittenen Mittelpunkte deutschen Lebens für das Staats- und Stammesleben in Schwaben eine Reihe von Verzichtleistungen mit sich, die hier besonders schmerzlich empfunden wurden. Daß die Opfer gebracht werden mußten zum Wohle des Ganzen, dessen Schädigung und Schwäche auch wieder die Verkümmernng der Teile zur Folge haben würde, leuchtet dem weiter reichenden Blicke des politisch Gebildeten sofort ein und ist für ihn eine Thatsache, gegen welche kein Zweifel aufkommen kann. Aber diese politisch Gebildeten machen noch lange keine Mehrheit aus. Genau betrachtet, sind es immer nur verschwindend wenige, die von der Notwendigkeit politischer Opfer eine deutliche Einsicht haben; noch geringere, die mit voller Hingabe des Herzens Opfer zu bringen imstande sind. Kein Wunder, wenn die Parteien,

bei denen aus diesem oder jenem Grunde die Abneigung gegen den neuen politischen Zustand Deutschlands überwiegt, in dem Hinweise auf die dem nächstliegenden schwäbischen Sonderinteresse abverlangten Opfer das stets bereite Mittel finden zu radikal-oppositioneller Agitation. Der Ultramontanismus, dem heiligen Stuhle gegenüber zur Hingabe jeder „berechtigten Eigentümlichkeit“ stets bereit, stellt es als ein Verbrechen dar, wenn im Namen der Nation der geringste Verzicht auf „Eigentümlichkeiten“ verlangt wird. Die Sozialdemokratie, welche grundsätzlich darauf ausgeht, jede besondere Charaktereigentümlichkeit zu töten und welche die ganze Menschheit womöglich, durch Verabsolutirung der materiellen Interessen, in ein einziges eintönig-graues, kauendes Ungeheuer verwandeln möchte, auch sie achtet es für Raub, wenn dem Teile zugemutet wird, dem Ganzen Opfer zu bringen. Nun vollends die bürgerliche Demokratie, unsre Volkspartei! Sie ist schwäbisches Gewächs, haftet an dem Boden, dem sie entsprossen ist, und darf partikularistische Neigungen als ihr natürliches Erbteil betrachten. Ja es treten dieselben oft mit solchem Übergewicht auf, daß diese Volksmänner, ähnlich einer verwandten Art in Hannover, dem republikanischen Ideal den Rücken kehren, die revolutionäre Fahne hübsch gefaltet in die Tasche stecken und je nach Lage der Umstände sich als gouvernementale und Hofdemokraten aufspielen. „Wie gut Württemberg allewege!“ wird dann, mit verfälschtem Sinne, das Feldgeschrei im Kampfe gegen die nationalen Interessen. Die einfache Logik dieser Thatfachen trieb zu einer Vereinigung aller Elemente, in deren Gefühl das nationale Interesse andre, ihm widerstrebende, überwog. Die „deutsche Partei“ sollte der Ausdruck dieser Vereinigung sein. Eine eigentliche Partei war das nicht. Die aus der Natur eines fortschreitenden Staatslebens sich notwendig ergebenden Gegensätze sollten in den Hintergrund treten, um den Blick aufs Ganze nicht zu stören. Selbst der zunächst sich aufdrängende Gegensatz, mit dem man gegen den Partikularismus Front gemacht hätte, der Gegensatz einer zentralisirenden zu einer mehr föderativen Politik sollte und mußte unbekannt bleiben. Man teilte sich eine durchaus passive Rolle zu; die „deutsche Partei“ war im Grunde ein apologetischer Verein. „Auch wir — so wurde dem Partikularismus gegenüber in tausendfachen Wendungen wiederholt —, auch wir wären gern unter uns Schwaben geblieben, aber in einer Welt, worin es auch Franzosen, Russen u. s. w. giebt, die den Friedfertigkeiten nicht immer unbehelligt lassen, geht das nun einmal nicht an; unsre materiellen und ideellen Interessen bedürfen eines starken Schutzes, den wir nur in einem geeinigten deutschen Reiche finden können. Für diesen Schutz müssen wir selbstverständlich bezahlen, aber, beim Lichte besehen, gewinnen wir doch noch immer. Freilich ist es Bismarck, der die Rechnung macht, aber um alle diese Dinge in Ordnung zu bringen, brauchten wir einen großen Mann, und wo habt ihr einen wie er?“ Vor einem Jahrzehnt noch mochte dieses Thema und diese Predigt der Sachlage entsprechend sein. Heute ergeben sich gewichtige

Zweifel, ob dies noch der Fall sei. Die deutsche Politik ist nicht beim Jahre 1871 stehen geblieben; sie hat sich seitdem weiter entwickelt. Die schwäbischen Volksvertreter sitzen im hohen Räte der Nation mit dem Rechte, mitzusprechen und mitzubeschließen. Sollen ihre Auftragegeber nicht auch Teil nehmen an den Aufgaben, welche der Gesetzgebung und Regierung des deutschen Reiches gestellt sind? Sollen sie auch eine solche Teilnahme noch als ein Opfer ansehen, abgepreßt und entschuldigt durch die Notwendigkeit der politischen Lage? Fast sollte man glauben, daß dies die allgemeine Meinung sei innerhalb der „deutschen Partei.“ In der Bevölkerungsschicht, die „national“ zu stimmen pflegt, ist das politische Interesse auf den Nullpunkt gesunken. Kaum daß man noch hie und da von Bulgarien spricht oder vom russischen Kaiser; von deutschen Angelegenheiten ist nirgends die Rede; es ist, als ob sie uns nichts angingen oder als ob wir ein für allemal dazu verurteilt wären, alles, was die deutsche Politik bringt, leidend über uns ergehen zu lassen. Mancherlei Umstände mögen zur Herbeiführung dieser betrübenden Ergebnisse mitgewirkt haben, die vornehmste Ursache liegt in der oben gekennzeichneten Haltung der „deutschen Partei.“ Oder vielmehr in dem Mangel der gänzlichen Abwesenheit einer positiven Charakter, außer der allgemeinen nationalen Gesinnung noch bestimmte politische Grundsätze hätte. Wahlerfolge, die hie und da errungen werden, beweisen gar nichts. Wie sind sie zu stande gekommen? Gewöhnlich durch Kompromisse, welche das Absehen von allen und jeden politischen Grundsätzen zur Voraussetzung haben. Der soziale Einfluß der Persönlichkeiten, die bei solchen Kompromissen sich ad hoc verständigt haben, ist dann immer noch groß genug, um die zum Ausstechen des Gegners erforderliche Anzahl Stimmzettel in die Urne zu liefern; ob bei solchen, durch rein äußerliche Mittel erreichten Erfolgen das politische Leben des Volkes gewinnt, erscheint mehr als zweifelhaft. Staatliche Gesinnung und die relative Stärke einer bestimmten Art derselben soll bei einer Wahl zum Ausdruck kommen. Eine solche staatliche Gesinnung wird aber gepflanzt und gepflegt nur dadurch, daß der Masse der Wähler verständlich gemacht wird, inwiefern die staatlichen Interessen zugleich ihre eignen sind und wie sie als selbständige Männer und Bürger des Gemeinwesens die sittliche Pflicht haben, sich ein Urteil über die Frage zu bilden, auf welche Weise der staatliche Teil ihrer Interessen am besten wahrgenommen wird. Ohne die Anerkennung einer sittlichen Pflicht zur politischen Stellung möchte allerdings jenes schöne Wort Recht behalten: „Die Politik verdirbt den Charakter.“ So aber sagen wir umgekehrt: Der politische Charakter gehört mit zum Charakter des selbständigen Mannes in einer Zeit und in einem Staatswesen, das ihn zur aktiven Teilnahme am öffentlichen Leben reif erklärt. Aus dieser Prämisse aber ergiebt sich als nicht von der Hand zu weisende praktische Schlussfolgerung, daß wie der Einzelne,

so ein Verein von politischen Männern das fortschreitende staatliche Leben mit seinem Urteil begleiten und im Kampf ums Recht für diejenige Lösung der sich ergebenden Aufgaben eintreten muß, die dem Standpunkte entspricht, den man grundsätzlich eingenommen hat. Mit einem Wort: es ist eine Konsequenz der politischen Sittlichkeit, politisch Partei zu ergreifen. Dazu aber bedarf es fester Gesichtspunkte, leitender Grundsätze, von denen aus man sich die staatlichen Fragen in allen ihren tausendfachen Beziehungen zurecht legt. Eine solche Thätigkeit stärkt den Geist, den Charakter und das Ansehen bei den politischen Gegnern. Eine solche Thätigkeit allein ist eines politischen Mannes würdig. Speziell eine nationale Partei in Schwaben wird über den in den Gemütern vorhandenen Gegensatz zwischen partikularem und allgemeinem Interesse nie hinauskommen, wenn sie sich nicht entschlossen auf den Standpunkt stellt, bei jeder Frage des öffentlichen Interesses, woher sie auch stammen, wo immer sie zuerst auftauchen mag, dem Bürger zuzurufen: *Tua res agitur*, und sich bemüht, seine Teilnahme und sein Urteil zu gewinnen als für eine Sache, die ihn höchst persönlich angeht. Aber wenn wir uns nur an Leute wenden, die wirklich mit uns übereinstimmen, werden wir deren auch genug finden, um bei den nächsten Wahlen zum wenigsten ebensoviele „nationale“ Kandidaten durchzubringen, wie bisher? Dafür schon das nächstemal sich verbürgen zu wollen, wäre allerdings verwegen. Aber die Schwaben müßten nicht mehr diejenigen sein, wie sie der jetzt gerade vor einem Jahrhundert aus ihrer Mitte hervorgegangene Uhlant gekennzeichnet und vertreten hat, wenn nicht auf die Dauer eine männliche Politik aktiver Teilnahme an den Kämpfen des nationalen Lebens auch äußerlich größern Erfolg haben sollte, als ein ängstliches Bemühen, allen grundsätzlichen Bestrebungen die Spitze abzubrechen, um ja keine Möglichkeit eines Kompromisses zu verschmerzen. Das deutsche Reich bedarf heute keiner Verteidiger mehr. Auch in den Augen ursprünglicher Gegner gilt sein Bestehen als eine Thatfache, die sich selber rechtfertigt. Umso mehr wird es Aufgabe der Freunde sein, innerhalb der durch Gründung des Reiches angebahnten Entwicklung Stellung zu nehmen und dieselbe in bestimmter Richtung zu fördern, statt sie von außen her mit beifälligen Kommentaren zu begleiten.

